



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 17.12.2025, 10.30 Uhr

GKKE-Rüstungsexportbericht 2025

Statement von Prälatin Dr. Anne Gidion

Evangelische Vorsitzende der GKKE

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine Begleiterscheinung akuter Kriege wie in der Ukraine oder in Gaza ist, dass man schnell andere Entwicklungen aus dem Blick verliert. Daher bin ich froh, dass die GKKE dieser allzu nachvollziehbaren Versuchung widersteht und mit großer Verlässlichkeit auch die stilleren Entwicklungen in den Blick nimmt.

Dieses Jahr haben wir uns intensiv mit den deutschen Rüstungsexporten nach Indien befasst. Dabei wurde deutlich, dass die geopolitischen Entwicklungen erhebliche Auswirkungen auf unsere Rüstungsexportpolitik haben.

Die Bundesregierung verfolgt seit einigen Jahren eine neue Form der Rüstungsdiplomatie gegenüber Indien. Ziel ist es, das Land stärker an den Westen zu binden, die Abhängigkeit von russischen Waffenlieferungen zu verringern und Indien als Gegengewicht zu China im Indo-Pazifik zu stärken.

Indien zählt zu den weltweit größten Rüstungsimporteuren: Die militärische Abhängigkeit von Russland ist hoch: Rund 95 % der 3.750 indischen Kampfpanzer stammen aus russischer Produktion, ebenso sämtliche Schützenpanzer. Bei der Luftwaffe stammen knapp zwei Drittel der Systeme aus Russland. Einzig im Marinesektor bestehen etwas größere Spielräume.

Indien verfolgt eine konsequente strategische Autonomiepolitik unter dem Leitmotiv „Make in India“. Die Regierung setzt auf Technologietransfer und den Ausbau eigener Produktionskapazitäten. Großprojekte ohne Beteiligung indischer Unternehmen haben daher geringe Erfolgsaussichten. Der geplante gemeinsame U-Boot-Bau mit TKMS und der indischen Werft Mazagon Dock Shipbuilders folgt diesem Muster. Er verdeutlicht, dass deutsche Initiativen vorrangig industriepolitischen Interessen dienen, insbesondere zur Stärkung des Marinesektors, statt eine geopolitische Umlenkung Indiens zu bewirken.

Auch im Lichte der rechtlichen Verpflichtungen der EU-Mitgliedstaaten sind Rüstungsexporte nach Indien problematisch. Der Gemeinsame Standpunkt formuliert acht verbindliche Prüfkriterien, die vor Genehmigung von Rüstungsgeschäften einzuhalten sind.

Indien ist im Hinblick auf mehrere Kriterien ein problematisches Empfängerland. In der Region Jammu und Kaschmir sowie im Nordosten Indiens kommt es zu schweren

Menschenrechtsverletzungen. Diskriminierung religiöser und ethnischer Minderheiten hat in den letzten Jahren zugenommen. Bewaffnete Konflikte bestehen in mehreren indischen Bundesstaaten. Deutsche Waffen könnten potenziell in solchen innerstaatlichen Konflikten eingesetzt werden. Außerdem bestehen angespannte Beziehungen mit Pakistan und China fort. Militärische Zwischenfälle, etwa 2017 am Doklam-Plateau oder 2020 am Pangong-See, verdeutlichen die Eskalationsgefahr zwischen den Atommächten.

Vor diesem Hintergrund bewertet die GKKE die Überlegungen der Bundesregierung, Rüstungsexporte nach Indien zu erleichtern kritisch. Die Hoffnung, Indien durch erleichterte Exporte von Russland zu lösen, erscheint unrealistisch und riskiert eine Aushöhlung internationaler Normen.

Die GKKE spricht sich daher entschieden gegen eine Deregulierung der Exportverfahren für Indien aus. Sämtliche Anträge sollten streng nach den EU-Kriterien geprüft werden. Zudem sollte die Bundesregierung ihren Einfluss geltend machen und gemeinsam mit europäischen Partnern auf die Ratifizierung des ATT durch Indien drängen.

Der Fall Indien verdeutlicht die Versuchungen, die in den derzeitigen internationalen Entwicklungen liegen. Die Antwort darauf muss eine verstärkte europäische Kooperation sein. Die GKKE fordert daher die Bundesregierung auf, sich in der EU für eine konsequente Einhaltung der Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts für Rüstungsexporte und für eine Verbesserung der institutionellen Kontrolle ihrer Einhaltung einzusetzen.
